

Vertonter Gedankenbrei

HANNES SOLTAU weigert sich Sprachnachrichten entgegenzunehmen

Alles begann mit Gesten und Grunzlauten. Erst vor 100 000 Jahren erreichte der Homo sapiens seine volle Sprachfähigkeit. Und weil er sich auch auf Distanz mitteilen wollte, nutzte er Rauchzeichen und Brieftauben, Post und Telegrafie, später Telefon, E-Mail, SMS und Videocalls. Doch umso digitaler und unkomplizierter der Austausch desto inhaltsloser und unverbindlicher ist er.

Für E-Mails gelten noch die Gepflogenheiten des Briefverkehrs. Die Beantwortung darf dauern. Die Grußformeln bleiben bestehen. Auch die SMS hatte noch einen Anstrich von Höflichkeit. Reaktion erst, wenn es passt. Der blaue Haken der Lesebestätigung bei WhatsApp aber ist Index für den modernen Kommunikationsdruck. Eine Gesellschaft im Dauerchat. Umgehende Antwort, sonst Ärger.

Hoffnung kam auf, als der Messengerdienst die Sprachnachricht einführte, womit man Audioaufnahmen versendet. Zurück zur Unmittelbarkeit der menschlichen Rede! Emotio-nen statt Emojis! Keine Zeit mit wurs-tigen Fingern auf klei-nen Tasten verschwenden!

Alle teilen sich alles mit, aber niemand hat mehr etwas zu sagen

Karl Marx schrieb, dass weltgeschichtliche Ereignisse sich immer zweimal wiederholen. Einmal als Tragödie und einmal als Farce. Die Ge-schichte der Sprachnachricht aber ist Tra-gödie und Farce in einem. Mit ihr entsteht ein globales Dorf, in dem sich alle alles in Sekunden mitteilen können, aber nie-mand mehr etwas zu sagen hat. „The me-dium is the message“, stellte der Medien-theoretiker Marshall McLuhan schon 1964 fest. Kommunikation findet nur noch um ihrer selbst willen statt. Hier kommt die Gesellschaft zu sich selbst: Keine Stimme unterbricht uns, keine un-mittelbare Gegenrede kratzt am Narziss-mus. Endlich befreit davon, das Gegen-über mitzudenken. Hier hat Du meinen Gedankenbrei, mach damit, was du willst!

Dabei hatte Kommunikation mal mit Wertschätzung, Aufwand und Konzentra-tion zu tun. Seit der Mensch mit Feder und Pergament im Kerzenschein saß, ringt er um angemessenen Ausdruck seiner Ge-danken. Heute aber braucht es weder ei-nen besonderen Ort noch Zeit, nicht ein-mal einen Gedanken. Das Gerät waage-recht vor den Mund, Mikrosymbol drü-cken, labern, loslassen – fertig. „Ja hey, du ... ich wollte mich kurz melden ... äähähm ... ey, ich bin grad unterwegs... warte mal ... krass, hier ist einer ohne Maske in der Bahn ... ey, diese Leute ... wo war ich stehengeblieben? ... sorry, ist megalaut hier ... ach vergessen. Ciao!“ Seit dieser Woche kann man seine Aufnahmen vor dem Ver-senden abspielen. Aber wer will schon seine eigenen vertonten Erregungszu-stände und Hirnfürze nachhören?

Smartphones haben eine versteckte Funktion: Sie nennt sich „Telefonieren“. Mit ihr ließe sich trainieren, einander zu-zuhören und ausreden zu lassen. Bis man es vielleicht irgendwann wieder wagt, in ein Gespräch mit einem Menschen einzu-treten. Auch wenn es erstmal nur Gesten und Grunzlaute sind. HANNES SOLTAU

NACHRICHTEN

Gendern als Verfassungsauftrag? Hannover fühlt sich bestätigt

Seit knapp drei Jahren wird in der Verwal-tung von Hannover gegendert – jetzt sieht sich die Stadt durch ein von ihr selbst in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten bestä-tigt. Das Gutachten mit möglicher Vorrei-terfunktion für Kommunen stammt von Ulrike Lembke, Juraprofessorin an der Berliner Humboldt-Universität. Dem-nach ist die Verwendung des Gen-der-Sterns im Rahmen einer geschlechter-gerechten Amtssprache „kein Fehler“. Vielmehr sei diese Amtssprache inklusive Gender-Stern die „(überfällige) Verwirkli-chung zentraler Anforderungen an verfas-sungskonformes Verwaltungshandeln“. Es gehe um das Grundrecht auf Gleichbe-rechtigung und das Verbot der Ge-schlechtsdiskriminierung. dpa

Anna Gritz wird neue Direktorin vom Haus am Waldsee

Die Kunsthistorikerin Anna Gritz, der-zeit Kuratorin der Kunst Werke in der Au-guststraße, tritt im Juni 2022 die Nach-folge von Katja Blomberg an. Die Düssel-dorferin hatte nach ihrem Kunstge-schichtsstudium in Köln und einem Mas-ter in Curatorial Studies in San Francisco zunächst in New York gearbeitet, war 2010 nach London gewechselt und wirkt seit 2016 in Berlin. Tsp

„Es geht darum, wessen Stimme zählt“

Identitätspolitik greift oft zu kurz. Die Kritik an ihr allerdings auch, sagt die Soziologin Paula-Irene Villa Braslavsky. Ein Gespräch über die Bedeutung von Safe Spaces, Empfindlichkeit und die Impfdebatte

Frau Villa Braslavsky, der „alte weiße Mann“ ist in identitätspolitischen Debatten zur Chiffre geworden. Ist das Diskriminierung oder ausgleichende Gerechtigkeit?

Die Chiffre „alter weißer Hetero-Cis-Mann“ macht eine kulturelle Textur sicht-bar. Nämlich die, dass Weiß-Sein, Mann-Sein, Hetero-Sein als das Allgemeine ge-setzt wird, ohne dass die Setzung als sol-che gekennzeichnet ist. Es ist gut, das kri-tisch zu thematisieren. Andererseits ist es problematisch, solche Zuschreibun-gen eins zu eins auf bestimmte Personen zu münzen. Menschen sind nie identisch mit ihren sozialen Positionen.

Sondern?

Wir drei hier sind weiß, gut ausgebildet und mit festem Arbeitsplatz. Das prägt unser Denken und unsere Erfahrungen, aber es determiniert uns nicht vollstän-dig. Sowohl die enthusiastischen Verfechter der Identitätspolitik als auch die-jenigen, die sie bashen, begehen den Feh-ler der Verkürzung. Es ist falsch, wenn Mariam Lau in der „Zeit“ schreibt, es gehe nur noch um das „Wer“ und nicht mehr um das „Was“. Es ist ebenso falsch zu sagen, dass das „Was“ völlig unabhän-gig vom „Wer“ sei.

Sie nennen das positionale Fundamentalismus.

Die Gleichsetzung von sozialen Positio-nen und inhaltlichen Positionen, die Adressierung von Personen als Verkörperung einer sozialen Position, das be-zeichne ich als positionalen Fundamenta-lismus. Ob es die Theateraufführung ist oder die Kabinettsbildung: Es sollte im-mer auch um Inhalte gehen, nicht aus-schließlich darum, ob genug Frauen, Mig-ranten oder Ostdeutsche vertreten sind. Wenn die Gruppenzugehörigkeit verabsolu-tiert wird, kann tatsächlich die Gefahr bestehen, dass das „Was“ aus dem Blick ge-rät. Insofern habe ich ein gewisses Ver-ständnis für die Sorge, dass uns der Uni-versalismus flöten gehen könnten. Zugleich sollte unsere Aufmerksamkeit im Poli-tischen auch der Frage gelten: Wessen Erfah-rungen, Stimme, Lebenswirklichkeit ist dabei und wessen eben nicht? Das Wer des Was ist immer eine zentrale politische Frage – ob im Theater oder im Kabinett.

Warum sind Identitätspolitik und Cancel Culture Kampfbegriffe geworden?

Nicht nur die „identity politics“ werden derzeit hysteresiert, auch viele andere The-men. Das liegt an me-dialen und politischen Dynamiken. Hinzu kommt, dass sie vermeintliche Selbstver-ständlichkeiten in-frage stellen. Wie be-grenzt ist meine Le-benswirklichkeit, wie verhält sie sich zu an-deren Lebenswirklich-keiten? Das sind affek-tiv besetzte Fragen. Ich zum Beispiel halte mich für reflexiv und offen, also kränkt es mich zunächst, wenn suggeriert wird, dass ich mich zu einem Thema als Nicht-Betroffene nicht äußern könne. Trotzdem nehme ich die Kritik ernst, denn es geht um Macht und Teil-habe. Darum, wessen Stimme zählt, wessen Erfahrungen noch nicht wahrneh-mbar wurden, was ich selber also gar nicht weiß oder wissen kann – weil ich zum Bei-spiel wirklich bestimmte Erfahrungen nicht mache, etwa als weiße Person.

In der Coronakrise sind wir alle in einem Maß unter unseresgleichen geblieben wie nie zuvor. Hat die Debatte um Identitätspolitik auch deshalb Fahrt aufgenommen?

Ich denke eher das Gegenteil. Durch die Pandemie sind wir viel mehr in den sozia-len Netzwerken unterwegs. Vielleicht bin ich naiv, aber ich glaube, dass wir nicht nur mit Hass und Radikalität konfrontiert sind, sondern auch mit deutlich mehr Viel-falt der Stimmen als noch vor Jahren, erst recht vor Jahrzehnten. Längst ist der Zu-tritt zur Öffentlichkeit nicht mehr nur über das „gatekeeping“ der Leit- und Mas-senmedien möglich, sondern auch direkt über Twitter, Facebook, Tiktok, Insta.

Und wenn Impfgegner sich den gelben Stern anheften?

Das ist geschichtsvergessene Perfidie, nicht mal Identitätspolitik. Hannah Arendt hat das auf den Punkt gebracht: Wenn ich als Jüdin adressiert werde, dann antworte ich als Jüdin. Identitätspolitik zielt darauf, (frei nach Adorno) ohne Angst verschieden sein und frei von Gewalt leben zu können. „Menschen im Plural denken“, wie Arendt sagt. Schon wäh-rend der französischen Revolution sagte die Schriftstellerin Olympe de Gouges: Frauen sind auch Menschen und Bürgerin-nen. Die Einmischung in die Politik der Männer kostete sie den Kopf.

Seit der Aufklärung läuft etwas schief?

Ich würde eher sagen, seitdem macht diese Spannung unsere Gesellschaften aus. Sie durchzieht die gesamte Mo-derne. Einerseits das wirkmächtige Ver-sprechen auf „All inclusive“-Menschen-



Richtungsstreit. In den gesellschaftlichen Debatten treffen häufig diametral entgegengesetzte Meinungen aufeinander.

Abbildung: Mauritius

Das ist auch so ein Kampfbegriff gewor-den. Dabei sind sie eine wichtige zivilisa-torische, moderne Errungenschaft, denken Sie nur an Frauencafés oder Kinderberei-che im öffentlichen Raum. Jetzt kommen trans* Frauen, manche nennen sie abschät-zig Männer in Frauenkleidern, und wollen genau da rein, schrecklich: So argumen-tiert eine J. K. Rowling. Aber viele Men-schen, vielleicht wir alle, brauchen auch – immer mal wieder – einen geschützten Raum, in dem vertrauliches Sprechen und Agieren möglich ist, ohne Angst vor Miss-achtung oder Gewalt. Es ist falsch, die For-derung nach „safe spaces“ als schneeflo-ckige Überempfind-lichkeit abzutun. Im Übrigen haben weiße Cis-Hetero-Männer in der Moderne schon lange ihre „safe spaces“. Ob in männer-bündischen Organi-sationen, wie lange Zeit das Militär und die Universitäten, oder in Clubs. Auch in den vielen Vorstandsetagen, Expertenrunden oder auf den vielen Podien, wo Frauen oder mig-rantische Menschen nach wie vor systema-tisch „einfach nicht da sind“. Ich will das nicht verteidigen, aber sagen: Auch „safe spaces“ sind komplexe Gebilde mit Facet-ten. Und sie sind immer umkämpft.

Hier die Impfgegner, da die Impfpflicht-Befürworter: Sind das auch identitätspolitische Konfrontationen?

Beim Impfstreit geht es um die Sache und nicht um die Politisierung eines bestimm-ten „Wer“. Da lassen sich höchstens Teil-identitäten ausmachen, wenn es etwa heißt, wir als marginalisierte Ostdeut-sche werden nicht gehört.

Also wieder ein positionaler Fundamentalismus?

Die individualisierende Verkürzung struktureller Fragen und Muster halte ich für falsch. Gleichzeitig hat auch die „Überempfindlichkeit“ Tradition. Bei der Frauenbewegung der 60er und 70er Jahre spielten Sprachpolitik, Selbsterfah-rungsgruppen oder radikal subjektive Narrative wie Anja Meulenbelts Buch „Die Scham ist vorbei“ eine wichtige Rolle. Der Tomatenwurf, die Sit-ins, die nackten Brüste, Beate Klarsfelds Ohr-feige für den Bundeskanzler, die Turn-schuhe von Joschka Fischer: Solche affek-tiven Praxen und ästhetischen Gesten ge-hörten immer schon dazu. Es ist ge-schichtsvergessen, zu glauben, so werde das Politische zerstört.

Ein anderes Argument etwa von Wagenknecht und Wolfgang Thierse lautet, Fragen von kultureller Zugehörigkeit hätten verteilungspolitische Fragen ersetzt.

Verteilungsgerechtigkeit und Anerkennung lassen sich nicht trennen. Schon in der ersten Frauenbewegung wurde um Be-griffe und Bilder gestritten: Fahrradfah-ren, weg mit dem Korsett, auch das war ein Kampf um soziale Gerechtigkeit, „Black is Beautiful“ war Teil der antirassis-tischen Bürgerrechtsbewegung und „iden-tity politics“ sind aus der Verbindung so-zialistischer, antirassistischer, feministi-scher Mobilisierungen entstanden. Zu-gleich werden heute queere Regenbogen-fahnen auf Staatsgebäuden oder den Fir-mensitzen von Rüstungsunternehmen

rechte, andererseits die empirische Erfah-rung großer Gruppen, dass sie ausgeklam-mert sind: Frauen, „Wilde“, „Idioten“, Gefängnisinsassen oder Kinder: Bis in die Gegenwart hinein gelten viele Menschen angeblich qua Natur als doch nicht so ganz menschlich. Das hat die politische Mobilisierung immer wieder angefacht.

Viele behaupten, der Kampf um Anerkennung werde übertrieben. Sahra Wagenknecht spricht von Sensibilitäten, auch Svenja Flaßpöhler in ihrem Buch „Sensibel“, Caroline Fourest schreibt von der „Generation beleidigt“. Ist die Gesellschaft zu sensibel geworden?

Es mag Gruppen geben, die auf Sprachsen-sibilität fixiert ist. Wenn ich als Gen-der-Studies-Professorin die Metapher vom „blinden Fleck“ benutze, wird mir das von Studierenden manchmal als blindenfeind-lich angekreidet. Im ersten Moment denke ich: Was soll das jetzt? Aber dann nehme ich meine Abwehr zum Anlass, da-rüber nachzudenken. Ich habe früher auch rassistische Bezeichnungen benutzt und tue das heute nicht mehr. Das sind wichtige Lernprozesse. Insofern verstehe ich das Genertvsein von Flaßpöhler und anderen nicht, denn sie stellen ihre eigene Befindlichkeit über die von anderen – und übersehen zudem die Fortschritte, die uns als moderne Gesellschaft ausmachen.

Also wieder ein positionaler Fundamentalismus?

Die individualisierende Verkürzung struktureller Fragen und Muster halte ich für falsch. Gleichzeitig hat auch die „Überempfindlichkeit“ Tradition. Bei der Frauenbewegung der 60er und 70er Jahre spielten Sprachpolitik, Selbsterfah-rungsgruppen oder radikal subjektive Narrative wie Anja Meulenbelts Buch „Die Scham ist vorbei“ eine wichtige Rolle. Der Tomatenwurf, die Sit-ins, die nackten Brüste, Beate Klarsfelds Ohr-feige für den Bundeskanzler, die Turn-schuhe von Joschka Fischer: Solche affek-tiven Praxen und ästhetischen Gesten ge-hörten immer schon dazu. Es ist ge-schichtsvergessen, zu glauben, so werde das Politische zerstört.

Ein anderes Argument etwa von Wagenknecht und Wolfgang Thierse lautet, Fragen von kultureller Zugehörigkeit hätten verteilungspolitische Fragen ersetzt.

Verteilungsgerechtigkeit und Anerkennung lassen sich nicht trennen. Schon in der ersten Frauenbewegung wurde um Be-griffe und Bilder gestritten: Fahrradfah-ren, weg mit dem Korsett, auch das war ein Kampf um soziale Gerechtigkeit, „Black is Beautiful“ war Teil der antirassis-tischen Bürgerrechtsbewegung und „iden-tity politics“ sind aus der Verbindung so-zialistischer, antirassistischer, feministi-scher Mobilisierungen entstanden. Zu-gleich werden heute queere Regenbogen-fahnen auf Staatsgebäuden oder den Fir-mensitzen von Rüstungsunternehmen

von den sozialen Bewegungen zu Recht als Symbolpolitik kritisiert.

Eine andere Diskussion galt 2021 der Frage, wer Amanda Gormans Gedicht zur Amtseinführung von Joe Biden übersetzen darf. War das notwendig oder hysterisch?

Hierzulande wurde sie vor allem auf eine identitätspolitische Auseinandersetzung um die Hauptpigmente der Übersetzerin verkürzt. Aber dahinter standen wieder ökonomische, materielle Fragen: Wer verdient Geld damit? Wessen Name steht auf dem Buchcover? Wer wird professionell anerkannt? Es ging auch darum, Erwerbs-

Alle waren oder sind links, teils kommu-nistisch geprägt, die Frauenfrage galt eher als Nebenwiderspruch. Wenn wir nicht nach Deutschland gegangen wären, wäre meine Mutter wahrscheinlich zu Tode ge-fordert worden, weil sie sich gegeniert hat und als Akademikerin dem Regime eh-spekt war. Damit uns das nicht passiert, ist sie mit uns geflohen. Sie musste hier aber nicht putzen, sondern kam als Gastprofessorin an ein Max-Planck-Institut. So erlebte ich früh, dass man gleichzeitig schutzlos und abgesichert, diskriminiert und privilegiert sein kann.

ANZEIGE

PIGOR & EICHHORN MIT BAND
Das Neujahrskonzert
02. – 04. 01.

LISA ECKHART
Die Vorteile des Lasters
- ungenierte Sonderausgabe
15. & 16. 01.

Tickets 030.39066550 // www.tipi-am-kanzleramt.de

möglichkeiten für diejenigen zu generie-nen, die auf dem sehr prekären, ethnisierten und vergeschlechtlichten Überset-zungsmarkt sonst stets zu kurz kommen.

Inwiefern ist Ihr eigenes Denken von Ihrer Biografie geprägt? Sie kamen mit acht Jahren mit Ihrer Familie aus Argentinien beziehungsweise Kanada nach Mülheim, tragen einen Davidstern in Regenbogenfarben...

...übrigens die einzige Form expliziter „identity politics“, die das „weiße“ deut-sche Feuilleton liebt: das Jüdische. Für mich war das Aufwachsen in verschiede-nen Sprachen und Ländern prägend, die diasporisch geprägte Familienkonstellation. Ich komme aus einem akademischen Matriarchat...

...Ihre Mutter ist die Chemikerin Silvia Braslavsky, Ihre Großmutter die Erzie-hungswissenschaftlerin Berta Perelstein de Braslavsky, Ihre Tante die Sozialwissen-schaftlerin Cecilia Cosse Braslavsky...

Die Ampel-Regierung tritt jetzt mit dem Versprechen gesellschaftspolitischer Neuerungen an, von der Änderung des Transsexuellengesetzes bis zur Reform des Abstammungsrechts. Haben die heftigen Debatten also doch etwas gebracht?

Wir bewegen uns auf mehr Inklusion zu, auf die „Ausweitung der Subjektzone“. Aber solche Fortschritte sind nicht das Re-sultat der jüngsten Kreisch-Debatten, sondern von jahrzehntelangen Prozessen: Auseinandersetzungen innerhalb aller Parteien, große politische Bewegungen, manche Übertreibung, all das wirkt dabei mit. Das Ergebnis ist nicht Friede Freude Eierkuchen, sondern Debatte und Dis-sens. Demokratie bedeutet, dass wir mehr streiten, weil wir immer mehr Leute sind, die gehört werden wollen.

— Das Gespräch führten Inga Barthels und Christiane Peitz.